



MEDI Bayern Geschäftsstelle
Schlierseestraße 33
81539 München

T: 089 – 75 96 93 60
H: 0172 – 48 37 829
F: 089 – 75 96 93 59
@: medi-b.sy@gmx.de

München, 17. April 2008/sy

Mitschrift von Frau Dr. Hillermeier über

**Großveranstaltung zum Korbmodell unter dem Motto
"Gemeinsam unsere Praxen retten - Systemausstieg jetzt!!!"**

Mittwoch, 16.04.2008 in der Hanns-Martin-Schleyer-Halle, Stuttgart-Bad Cannstatt

Die Referenten und ihre Themen

Dipl.-Pol. Ekkehard Ruebsam-Simon, Stv. Vorsitzender MEDI Deutschland	Begrüßung
Dr. Werner Baumgärtner, Vorsitzender MEDI Deutschland	Grundsatzreferat und Forderungskatalog
Dr. Wolfgang Hoppenhaller Landesvorsitzender. Bayerischer Haus- ärzteverband e.V..	Stand Bayern - weiteres Vorgehen
Dr. Klaus Bittmann Bundesvorsitzender NAV-Virchow-Bund	Zustand und Zukunft der KVen
Renate Hartwig Autorin und Publizistin Patientenvertreterin	Warum ist der Ausstieg aus Patienten- sicht ein notwendiger Schritt?
Dr. Michael Ruland Beisitzer Vorstand MEDI Deutschland:	Finanzielle Abwicklung und Absicherung
Rechtsanwalt Frank Schramm	Juristische Bewertung
Werner Conrad Geschäftsführer MEDI Deutschland	Zulassungsrückgabe konkret, Erklärung der Verwahrungsvereinbarung
Dr. Werner Baumgärtner:	Schlusswort

Die Mitschrift habe ich versucht, exakt zu machen, bei Fehlern bitte ich, mich zu entschuldigen bzw. mich kurz zu verständigen.

Eröffnung der Veranstalter durch Dipl.-Pol. Ekkehard Ruebsam-Simon:

“Nur ein freier Arzt ist ein guter Arzt“.

Herr Dr. Baumgärtner:

Wir haben jetzt eine klare Zieldefinition. Nach den bisherigen Protesten hat sich bis jetzt nichts geändert. Zitat: „Wir haben die Schnauze voll von diesem System“. Es ist ein würdeloser Zustand für uns in einem freien Beruf, dass wir nicht wissen, was wir verdienen. Erklären Sie mal einem Handwerker, dass wir für die Rundumversorgung eines Patienten im Quartal 55 Euro als Hausarzt erhalten und wir nur durch die Quersubvention durch die Behandlung privat Versicherter und Selbstzahler die Praxen erhalten können. Wenn das System weiter so besteht, dann werden die Patienten bald keinen Arzt mehr in freien Praxen finden und sich in Polikliniken und MVZ wiederfinden und sich jedes Mal einem anderen Arzt vorstellen müssen.

Erstes Ziel	Schulterschluss mit Hoppenhaller und dem Bayerischen Hausärzteverband
Zweites Ziel	Öffentliches Signal. Wir sind zum Widerstand bereit und füllen die Körbe
Drittes Ziel	Der Forderungskatalog wird veröffentlicht
Viertes Ziel	Schulterschluss mit den Patienten und Umfrage in den Praxen

Der EBM 2009 wird die Situation weiter verschlechtern, was die Fallwerte in den Bundesländern angeht. Köhler und die anderen KV-Vorstände machen einfach nur eine Umverteilung, die Maxime muss sein, dass begrenztes Geld nur begrenzte Leistung ermöglicht. Wenn eine Fachgruppe mehr Geld benötigt, muss dies von den Kassen und nicht aus den Taschen der Kollegen kommen.

Handlungsoptionen:

1. Weiter wie bisher
2. Abschluss von § 73-er Verträgen
3. Systemausstieg

Baumgärtner ist der Meinung, dass wir doppelgleisig fahren müssen, nämlich den Systemausstieg auf jeden Fall als Ziel anstreben und die Praxen so lange mit den § 73-er Verträgen liquide halten müssen. MEDI Baden-Württemberg will für Hausärzte und Fachärzte **gemeinsam** arbeiten. Es darf z.B. keine unsinnige Fallzahl-Zuwachsbegrenzung mehr geben. Es muss eine Minimierung der drangsalierenden Kontroll- und Abrechnungsbürokratie sein.

Mögliches Procedere nach dem Systemausstieg:

Der Patient geht zu den Kassen und holt sich die Genehmigung für eine Behandlung.

Möglich sind Praxisschließungen von zwei bis drei Wochen, bis die Verträge geschlossen sind. Über eine Finanzierung wird verhandelt.

Ziel und Endpunkt: Verträge für alle aussteigenden Praxen zu machen.

Es gilt: Der Systemausstieg ist eine **politische Entscheidung** und keine juristische Entscheidung.

Die Ärzte fordern eine faire Vergütung für die Arbeit nach vergleichbaren Sätzen anderer freier Berufe. Es muss ein Ende von Budgetierung und Rationierung sein. Kostenerstattung auch als Wahlmöglichkeit für die niedergelassenen Ärzte. Es darf keine Abschläge von GOÄ, sondern es muss Anhebungen geben wie in den anderen freien Berufen auch. Schluss mit überbordender Bürokratie! Wir in Baden-Württemberg werden die Körbe füllen.

Es muss ein Schulterschluss mit den anderen Ärzteverbänden und Genossenschaften gleicher Zielsetzung geben. Wir bereiten den Systemausstieg cool und professionell vor.

Ich verspreche Ihnen mit meinem ganzen Einsatz diese Forderungen durchzusetzen!

Hoppenthaller:

Es gab nach der Veranstaltung in Nürnberg, die vom Emotionalen her sehr positiv war, leider kleinmütige Diskussionen und Klagelieder.

Nach Hoppenthallers Meinung hat das jetzige „totalitäre System“ dem Arzt das Rückgrat gebrochen. Dieses System ist mit einer Diktatur zu vergleichen. Es existiert eine Machtkoalition aus Politik und Großkapital. 2009 wird es Umsatzrückgänge seiner Meinung nach von 20-30% geben aufgrund des abgesunkenen Punktwertes und der Umverteilung. Der einzige CDU-Politiker, der den Ausstieg unterstützt, ist Friedrich Merz. Von anderer Seite kommt nur Gegenwind. Einer der Unterstützer der KV-Vorsitzenden ist Wolfgang Eckert aus Mecklenburg-Vorpommern. Er fordert die Versammlung auf, den bayrischen Hausärzten weiterhin Mut zuzusprechen und zur Seite zu stehen und den Patienten das zukünftige Szenario der Arztpraxen darzustellen.

Bittmann:

Als Vorsitzender des Genossenschaftsverbandes und des NAV richtet er Grußworte aus und fordert von allen die Bereitschaft, zusammenzuhalten. Die KV-Vorstände verlassen die Interessen der Ärzteschaft seit der Gesetzgeber in den letzten Jahren sie in die persönliche Haftung genommen hat. Aus diesem Grunde lassen sich die Ärzte am Nasenring vorführen. „Sie wissen hoffentlich, was Zivilcourage ist! Halten Sie Schulterchluss mit den Kollegen!“

Hartwig:

Mit großem Beifall beklatscht wird die Rede von Frau Hartwig, Patientenvertreterin, die beginnt: „ich habe Ihnen etwas mitgebracht“ und ein ganz kleines Büchlein hochhält. *Es ist das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. „da steht drinnen unter I. Die Grundrechte, Artikel 1 (1): Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“.*

Und das ist genau das, was die Ärzte für die Patienten wieder einfordern müssen. „Ich stehe hier als Vertreterin Ihrer informierten Patienten, die Ihren Ausstieg erwarten und den Schulterchluss zu finden zwischen Patienten und Ärzten. Ich rufe Sie auf zum offenen Widerstand. Es geht um mehr, als die von der Politik aufgezwungene Erbsenzählerei. Wir brauchen Energie für Würde und Freiheit! Der Arzt ist das Vorbild für klare Entscheidungen. Nur Sie können diese Freiheit wiederfinden!“

In Bayern hat Frau Hartwig 575'000 Unterschriften von Patienten gegen das jetzige Gesundheitssystem gesammelt. „Die Politiker haben tatsächlich geglaubt, dass wir Bürger blöd sind. Ich werde dafür sorgen, dass die Befreiungsbewegung aus diesem Gesundheitssystem zur bundesweiten Bewegung wird. Die Ärzte sollten keine Angst vor der Politik haben. Zitat Dakota-Indianer: „ Wenn Dein Pferd tot ist, steig ab“.

Ruland:

Zum praktischen Vorgehen des Ausstiegs: um vielen Kollegen die Angst zu nehmen, dass sie dann schlechter dastehen, als in der jetzigen Zwangssituation:

Es sind schon Verhandlungen gelaufen mit Abrechnungssystemen, z.B. PVS-Güldener, die die Rechnungen der Ärzte bündeln und sie an die Kassen schicken und zusammen mit einem Bankenconsortium mit dem auch Verhandlungen laufen, vorfinanzieren an die Kollegen. Er dankt den beteiligten Banken, die dieses Vorgehen als Geschäftsmodell erkannt haben. Er erinnert an einen Vorgang in Finnland, der von der deutschen Presse nicht wahrgenommen wurde, wo im November 2007 13'000 Krankenschwestern mit einem kollektiven Ausstieg gedroht haben, wenn ihre Honorierung nicht bedeutend erhöht wird. Auch dort stand zur Debatte, dass der Staat „Zwangsarbeit“ anordnet. Zwei Tage vor Ende des Ultimatums sind die Honorierungen dieser Krankenschwestern um 25% erhöht worden. Man sieht doch an dem Beispiel eines anderen Landes, dass ein faires und gerechtes Honorar für faire Arbeit absolut durchsetzbar ist und endet mit dem Zitat: „**Get up, stand up and stand up for your rights**“!

Schramm:

Ganz kurz erklärt Rechtsanwalt Schramm von der Anwaltskanzlei Koch (www.koch-partner.de) die Rechtslage des Systemausstiegs vor und nach dem BSG-Urteil vom 27.06.2007 betr. § 95

Conrad:

Erklärt das genaue Procedere, das bereitgestellt wird für die austrittswilligen Ärzte in Baden-Württemberg. In die aufgestellten Körben in der Außenhalle können die Kollegen von Baden-Württemberg ihre ausgefüllten Anträge mit Kopien ihrer Personalausweises einlegen. Diese werden eingesammelt und an den oben genannten Anwalt geschickt. Die Mitarbeiter dort teilen auf in Regierungsbezirk, Stadtgebiet und Fachgebiet. Der Name des einzelnen Arztes ist nur dem Anwalt bekannt, nicht der KV und nicht MEDI. Wenn 70% der Rückgabe-Erklärung in einem Regierungsbezirk erreicht sind, meldet sich der Anwalt. Die Aktion ist befristet bis zum 31. Dezember 2009. Dann wird das weitere Vorgehen nochmals beratschlagt. Theoretisch kann ein Arzt innerhalb von sieben Tagen nach dieser Erklärung nochmals zurücktreten, was sehr unwahrscheinlich ist, wenn er weiß, dass schon 70% seiner Kollegen den gleichen Schritt getan haben.

Der politische Weg erfordert größere und kleiner Veranstaltungen, eine „Tour de Ländle“ - Öffentlichkeitskampagne.

Schlusswort durch Baumgärtner:

Die Juristerei führt uns nicht weiter.

Das Ganze ist eine politische Entscheidung – lasst uns wieder für eine freie Ärzteschaft kämpfen!

Dr. I. Hillermeier